

Datum: Tue, 1 Feb 2011
Betreff: Protest gegen die Extremismus-Klausel

Bundeskanzlerin Angela Merkel

Bundeskanzleramt

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin!

Die "Extremismuserklärung", die das BMFSFJ derzeit allen Trägern im Rahmen des Programms "Toleranz fördern - Kompetenz stärken" und des Programms "Initiative Demokratie stärken" abverlangt, stellt all diejenigen unter Generalverdacht, die sich täglich für praktizierte Demokratie

und gegen Neonazis engagieren. Ihnen bzw. ihren Kooperationspartnern werden so unterschwellig Bestrebungen gegen die Verfassung unterstellt.

Wer, wie ich, jahrelang in Bundesprogrammen gegen Neonazismus ("Civitas" und "Kompetent für Demokratie") gearbeitet hat, weiß welche enormen Leistungen hier erbracht werden und welches enorme Fachwissen in den Bereichen (mobile) kommunale Beratung, Opferberatung und Demokratieentwicklung aufgebaut worden ist von denjenigen, die nun zu einem völlig unnötigen und inakzeptablen Kotau vor den Mittelgebern genötigt werden. Vollends die Aufforderung, ihre Partnerinnen und Partner nach kaum nachvollziehbaren und unklaren Kriterien zu durchleuchten, treibt jedem Demokraten/jeder Demokratin die Schames- und Zornesröte ins Gesicht! Hier werden hehre demokratische Grundprinzipien mit Verfassungsrang für durchsichtige politische Spielchen instrumentalisiert.

In der Auseinandersetzung mit Neonazismus, Antisemitismus und Rassismus sind Misstrauen und Bespitzelungsaufforderungen gegenüber denjenigen, die demokratische Werte und Prinzipien vor Ort verteidigen, Demokratie schädigend und kontraproduktiv. Wir fordern Sie daher auf, die

Absätze 2 und 3 der so genannten "Demokratieerklärung" in den Zuwendungsbescheiden ersatzlos zu streichen.

Mit freundlichen Grüßen,

Friedrich Burschel
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Akademie für politische Bildung
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Tel.: 0049-(0)30-44310183
Fax: 0049-(0)30-44310222
E-Mail: burschel@rosalux.de